



## Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Chevalley Michel  
**Freiburg 4.0: von der Vision zur Konkretisierung**

2018-CE-18

### I. Anfrage

Freiburg 4.0 hier, Freiburg 4.0 dort.

Die digitale Revolution ist in aller Munde. Auch in demjenigen – wir freuen uns – unserer Staatsrätinnen und Staatsräten, die sie zum Herzstück des Regierungsprogramms gemacht haben.

Freiburg 4.0 gleicht einem Ergebnis, das zumindest günstig ist. Um es zu konkretisieren, um von der Vision zur Konkretisierung überzugehen, wird man sich die nötigen Mittel geben müssen.

Obwohl nun bedeutende finanzielle Mittel freigegeben wurden und die Fachleute der Informationstechnologien und des ITA wahrscheinlich schon am Werk sind, verfügt der Grosse Rat kaum über Informationen über die vom Staatsrat geplanten Strategien, mit denen zum gegebenen Zeitpunkt alle die riesige Herausforderung des Übergangs zur «volldigitalisierten Welt» annehmen können.

Deshalb bitte ich den Staatsrat, mich über seine Absichten zu versichern und folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Ausbildungsmodule hat der Staatsrat vorgesehen? Für welches Publikum und wie lange? In welcher Frist?
2. Müssen die Freiburger Gemeinden und die Partner des Staates Mittel einsetzen, damit sie mit den herbeigeführten Änderungen mithalten können? Wenn ja, welche?
3. Wenn die Sache unter dem rein finanziellen Gesichtspunkt betrachtet wird, wie und bis zu welcher Höhe sollen die nötigen Ausbildungen für Freiburg 4.0 finanziert werden?

22. Januar 2018

### II. Antwort des Staatsrats

#### Einleitung

Die Hauptprojekte im Regierungsprogramm des Staatsrats, darunter Freiburg 4.0, zeichnen sich durch den Aufwand und ihre Auswirkung mit der Zeit aus. Freiburg 4.0 stellt nicht eine isolierte Aktion dar, sondern gehört zu einer breiten Bewegung, die nicht nur Freiburg, sondern alle Kantone, Gemeinden und den Bund berührt. *«In dieser Gesellschaft, die sich immer schneller wandelt und immer mehr vernetzt ist, setzt der Staatsrat darauf, dass sich nicht nur beim E-Government, sondern auch in der ganzen Gesellschaft ein Freiburg 4.0 entwickelt»*, wie er in seinem Regierungsprogramm schreibt. Diese Vision macht natürlich auch eine Umwandlung des

ganzen Kantons nötig; dabei ist die Kantonsverwaltung nur ein Bestandteil. Es handelt sich um eine eigentliche Basisbewegung, die einer wirklichen Revolution gleicht und praktische und grundlegende Auswirkungen für alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verwaltungen und Ämter hat.

Um den Freiburger Ehrgeiz einordnen zu können, muss an die Entstehung der Revolution 4.0 erinnert werden. Sie entsteht zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit dem Aufkommen von Internet. Sie schlägt Wurzeln im Potenzial, das von der Digitalisierung ausgeht. Diese (zunächst) industrielle Revolution vernetzt alle Produktionsmittel untereinander und macht es möglich, dass sie in Echtzeit miteinander interagieren können. Die Fabrik 4.0 macht dank den Technologien (Cloud, Big Data Analytics, industrielles Internet ...) die Kommunikation zwischen den verschiedenen vernetzten Akteuren und Gegenstände in einer Produktionslinie möglich. In zahlreichen Sektoren wurden Möglichkeiten, die zuerst in der Industrie beschrieben wurden, Realität: Gesundheit, Mobilität, Verwaltung, Freizeit ... Der Entscheid, einen Kanton an der Bewegung 4.0 teilhaben zu lassen, bedeutet, zu erklären, dass der Kanton mitwirken und den digitalen Austausch erleichtern, die Verfahren verbessern und vereinfachen, die digitale Entwicklung, die am Entstehen ist, berücksichtigen und an ihrem weiteren Fortschritt mitarbeiten will.

Es ist schwierig, die gesellschaftliche Auswirkung dieser vierten Revolution vorherzusagen. In einer Welt, die sich in ständiger Beschleunigung befindet, müssen wir uns digitalisieren, um diese Revolution zu begleiten. Der Staat ist sich seiner Verantwortung für die künftigen Generationen bewusst und muss seine Aufgaben und seine Pflichten, insbesondere gegenüber der Wirtschaft und der Bevölkerung, wahrnehmen.

Bis jetzt hat die Zahl der Tätigkeiten, die mit Smartphones, Tablets und PC mit einigen Klicks ausgeführt werden können, explosionsartig zugenommen. Vor diesem neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergrund ist es wesentlich, dass die Schweiz und insbesondere der Kanton Freiburg diese digitale Kurve kriegen, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit aufrecht erhalten und verbessern können.

Die Verwaltung muss den wachsenden Erwartungen der Bevölkerung, der Unternehmen und der Gemeinwesen, welche die ersten Auswirkungen dieser vierten industriellen Revolution bereits erleben, gerecht werden. Sie muss das Vertrauen in die Digitalisierung weiterentwickeln, um alle ihre Leistungen online anzubieten und so benutzerfreundliche, schnelle und transparente Dienstleistungen sicherzustellen.

Dieser Umbruch in der Verwaltung steht nicht nur im Zusammenhang mit der Übernahme neuer Technologien, sondern auch mit einer gründlichen Wandlung der Mentalitäten. Es geht in der Tat darum, ein breiteres Phänomen, nämlich die «Akkulturation des Digitalen», bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung einerseits und bei den Wirtschaftskreisen und der Bevölkerung im Allgemeinen andererseits herbeizuführen. Die Entwicklung der Verhalten und Mentalitäten wird jede und jeden von uns betreffen.

Obwohl die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigung erschrecken können, ist sie auch eine Quelle für ein mögliches Entstehen von neuen Berufen. Um Erfolg zu haben, ist es wichtig, den Menschen ins Zentrum der Überlegungen zu stellen und die Verwaltung neu zu erfinden: Es geht darum, jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter eine Zukunftsperspektive zu geben und die Veränderung dauerhaft zu begleiten, so dass die Leistungen des Staats neu definiert werden.

Die Mitwirkung von Freiburg in einem Vorgehen 4.0 bedeutet nicht, dass alle Etappen bekannt sind und das Logbuch erstellt wurde. Der Staat ist sich seit mehreren Jahren bewusst geworden, wie bedeutend die Herausforderung der Digitalisierung ist. Der Staatsrat hat seine Strategie des E-Government schon 2014 verabschiedet. Mit dem Hauptprojekt 4.0 wird diese Strategie weitergeführt und ausgeweitet, und es stellt eine neue Ausrichtung dar, für die es Bedarfsanalysen, Überlegungen zur Organisation, die Ressourcen und schliesslich die nötigen Massnahmen braucht. Die Arbeiten sind im Gang, und mit ihnen kann eine Tabelle mit den nötigen Rahmenbedingungen für die Verwirklichung des Vorgehens 4.0 erstellt werden. Es handelt sich namentlich darum, die Details der Strategie, die Verbindungen zwischen den Direktionen und die konkreten Massnahmen, die ergriffen werden, festzuhalten.

Die Digitalisierung der Kantonsverwaltung («Verwaltung 4.0») geschieht über verschiedene Projekte im Zusammenhang mit dem E-Government. Mehrere von ihnen werden derzeit bereits realisiert, und zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staats sind daran beteiligt. Ein Beispiel ist die Neugestaltung der Website [www.fr.ch](http://www.fr.ch), deren Ziel darin besteht, der digitalen Information den Vorrang zu geben, und die demnächst online geht. Der E-Government-Schalter stellt ein anderes Projekt dar, das derzeit realisiert wird. In einer Agenda über vier Jahre wird genau ausgeführt, welche Leistungen des Staats in diesen Schalter aufgenommen werden. Die Betreuung des Personals bei diesen Projekten 4.0 ist unabdingbar für den Erfolg.

Die Strategie 4.0 ist in der Phase der Fertigstellung. Diese Strategie zeigt alle Projekte, ihren Zusammenhang und die geplanten Entwicklungen auf.

Im Allgemeinen ist es nicht möglich, genaue Antworten auf die berechtigten Fragen, die von Grossrat Chevalley gestellt werden, zu geben. Die Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die finanziellen Mittel stellen wichtige Elemente dar, die gleichzeitig mit der Entwicklung der Strategie 4.0 behandelt werden. Für den Erfolg der Revolution 4.0 müssen die Gemeinden und die übrigen Gemeinwesen unbedingt miteinbezogen werden.

Freiburg 4.0 stellt eine Wendung dar, welche die Landschaft und das Leben der Freiburgerinnen und Freiburger dauerhaft kennzeichnen wird. Damit führt der Staatsrat den Kanton in ein Verfahren, für das es Ausdauer, Ressourcenmanagement und Absprache mit den Akteuren des wirtschaftlichen, des politischen, des akademischen, des gesellschaftlichen und des Vereinslebens braucht.

### **Antworten auf die Fragen**

*1. Welche Ausbildungsmodule hat der Staatsrat vorgesehen? Für welches Publikum und wie lange? In welcher Frist?*

Der Staatsrat ist sich bewusst, welche Bedeutung die Frage der Ausbildung, aber auch die Führungsrolle und die Technologien, die geschaffen werden müssen und unbedingt nötige Bestandteile eines digitalen Wandels sind, haben.

Zwar ist es noch zu früh, um den Ausbildungsbedarf abzuschätzen, aber die Ausbildung dürfte zwei Schwerpunkte haben:

- > eine Allgemeinbildung für 4.0, die von der neuen Personalpolitik getragen wird, damit die Führungsrolle, die Kreativität und die Kundenorientierung gefördert wird;
- > gezielte Ausbildungen, die an die neuen Verfahren angepasst sind; diese Verfahren werden nach und nach im Rahmen der Projekte geschaffen.

Zurzeit ist es zu früh, um den Ausbildungsbedarf und die Ausbildungsmodule, mit denen die Strategie Freiburg 4.0 des Staatsrats möglich wird, genau anzugeben.

*2. Müssen die Freiburger Gemeinden und die Partner des Staates Mittel einsetzen, damit sie mit den herbeigeführten Änderungen mithalten können? Wenn ja, welche?*

Im Allgemeinen können die Auswirkungen der «Revolution 4.0» auf die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden heute nicht abgeschätzt werden. Wir nehmen die Schaffung von digitalen sektorübergreifenden (interinstitutionellen) Plattformen wie Fri-Pers (Verwaltung des Einwohnerregisters), FRIAC (Verwaltung der Baubewilligungen), SyGEV (System zur Verwaltung der Wahlen und Abstimmungen) durch den Staat vorweg. Die Gemeinden werden eingeladen, sich an den digitalisierten Verfahren, die wie derzeit mit dem Staat geteilt werden, zu beteiligen. Die Gemeinden, die über ein zentrales System für das Unterstützungsverfahren verfügen, werden dazu gebracht, die nötigen Entwicklungen zu machen.

Im gegenwärtigen Stadium kann nicht generell geschätzt werden, welche organisatorischen, technischen und finanziellen Entscheide, mit denen allfällige Anpassungen und Integrationen von Informatikwerkzeugen der Gemeinden sichergestellt werden können, nötig sind; diese müssen fallweise im Rahmen der Projekte getroffen werden.

Voraussichtlich müssen die Gemeinden und Partner ihre Anstrengungen bei der Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fortsetzen, damit sie der digitalen Entwicklung, nicht nur derjenigen, die von Freiburg 4.0, sondern auch allgemein vom E-Government und von der Entwicklung von neuen Informatikwerkzeugen herbeigeführt wird, folgen können. Es ist für den Moment nicht möglich, die Änderungen und deren Kosten genau anzugeben.

*3. Wenn die Sache unter dem rein finanziellen Gesichtspunkt betrachtet wird, wie und bis zu welcher Höhe sollen die nötigen Ausbildungen für Freiburg 4.0 finanziert werden?*

Wie vorher erläutert kann die Allgemeinbildung für den Moment nicht abgeschätzt werden, und die Ausbildungen, die aufgrund von Digitalisierungsprojekten nötig werden, werden im Rahmen von diesen finanziert.

*5. Juni 2018*